

An
 (Bewilligungsbehörde
 über das StUA)

Antrag
 auf Gewährung einer
 Zuwendung für Maßnahmen
nach den Nrn. 2.1.1 - 2.2.3

Betr.:Bezug:**1 Antragsteller**

Name/Bezeichnung:		
Anschrift:	Straße/PLZ/Ort/Kreis	
Auskunft erteilt:	Name/Telefon (Durchwahl)	
Gemeindekennziffer:		
Bankverbindung:	Konto-Nr.	Bankleitzahl
	Bezeichnung des Kreditinstitutes	

2 Maßnahme

Bezeichnung (Entwurf, Aufsteller):	
Durchführungszeitraum:	von/bis

3 Gesamtkosten

lt. bei. Kostenvoranschlag/ Kostengliederung/DM	
Beantragte Zuwendungen/DM	

74**4 Finanzierungsplan**

	Zeitpunkt der voraussichtlichen Fälligkeit (Kassenwirksamkeit)		
	19..	19..	19.. und folg.
	in 1.000 DM		
1	2	3	4
4.1 Gesamtkosten (Nr. 3)			
4.2 Eigenanteil (einschl. nicht zuwendungs-fähiger Kosten)			
4.3 Leistungen Dritter (ohne öffentliche Förderung)			
4.4 Sonstige beantragte/bewilligte öffentliche Förderung (ohne Nr. 4.5) durch			
4.5 beantragte Zuwendung (Nr. 3/5)			

5 Beantragte Förderung

Zuwendungsbereich (Maßnahme)	Zuweisungen/ Zuschüsse	v. H. d. zuwendungsfähigen Kosten
1	2	3
Summe		

6 Begründung

- 6.1 Zur Notwendigkeit der Maßnahme (u. a. Standort, Konzeption, **Ziel**, Zusammenhang mit anderen Maßnahmen, Maßnahmen desselben Aufgabenbereichs in vorhergehenden oder folgenden **Jahren**, alternative Möglichkeiten, Nutzen):
- 6.2 Zur Notwendigkeit der Förderung und zur Finanzierung (u. a.: Eigenmittel, Förderhöhe, Landesinteresse an der Maßnahme, **alternative Förderungs-** und Finanzierungsmöglichkeiten):

7 Finanz- und haushaltswirtschaftliche Auswirkungen**74**(Finanzlage und Tragbarkeit der Folgelasten **für** den Antragsteller usw.)**8 Erklärungen**

Der Antragsteller erklärt, daß

- 8.1 mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde und auch vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides nicht begonnen wird; als Vorhabenbeginn ist grundsätzlich der Abschluß eines der **Ausführung zuzurechnenden Lieferungs-** und Leistungsvertrages zu **werten.***
- 8.2 mit der Maßnahme zur Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr bereits begonnen **wurde,***
- 8.3 er **geprüft** hat, ob ein Ordnungspflichtiger zu den Kosten der Maßnahme herangezogen werden kann, und er das Ergebnis **der Prüfung** aktenkundig gemacht hat (Ergebnis der **Prüfung** als Anlage beifügen),
- 8.4 er zum Vorsteuerabzug
nicht **berechtigt*/berechtigt*** ist und dies bei den Ausgaben berücksichtigt hat (Preise ohne Mehrwertsteuer),
- 8.5 die Angaben in diesem Antrag (einschl. Antragsunterlagen) vollständig und richtig sind,
- 8.6 (außerdem bei juristischen Personen des privaten Rechts): er davon Kenntnis genommen hat, daß alle Angaben dieses **Antrages**, von denen die Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung oder das Belassen der Zuwendung abhängig sind, subventionserheblich im Sinne § 264 Strafgesetzbuch i. V. mit § 1 **Landessubventionsgesetz** sind,

für Maßnahmen nach der Nr. 2.1.1

- 8.7 die ihm bisher vorliegenden Unterlagen keine ausreichende **Gefährdungsabschätzung** ermöglichen
- für Maßnahmen nach den Nummern 2.1.1 und 2.1.2
- 8.8 er die Voraussetzungen nach den Nummern 3.1 oder 3.2.1 oder 3.2.2 **erfüllt,***
 - 8.9 die Altablagerung oder der Altstandort wiedergenutzt werden **soll,***
 - 8.10 eine Gefährdungsabschätzung vorausgegangen **ist,***

für Maßnahmen nach den Nummern 2.2.1 und 2.2.2

- 8.11 eine Gefährdungsabschätzung oder Sanierungsuntersuchung vorgenommen **wurde,***
- 8.12 eine Gefährdungsabschätzung oder Sanierungsuntersuchung wegen Maßnahmen zur Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr nicht vorgenommen werden **konnte**, aber eine ordnungsbehördliche Überwachungs- oder Sanierungsmaßnahme angeordnet **wurde,***
- 8.13 er die Voraussetzung nach den Nummern 3.1 oder 3.2.1 oder 3.2.2 **erfüllt,***
- 8.14 die Maßnahme nach der bestehenden Nutzung notwendig **ist,**
- 8.15 von der Altlast eine Gefahr entsprechend den Nummern **4.3.2.1–4.3.2.4** ausgeht,
- 8.16 die Voraussetzung der Nummern **4.3.3.1, 4.3.3.2, 4.3.3.3, 4.3.3.4, oder 4.6 vorliegen,***
- 8.17 die Voraussetzungen der Nummern **4.4–4.4.4 vorliegen.***

* Nichtzutreffendes streichen

74

9 Anlagen

- a) Erläuterung und genaue Beschreibung der beabsichtigten Maßnahme
- b) Kostenberechnung
- c) Zeitplan
- d) Gefährdungsabschätzung, Sanierungsuntersuchung, Sanierungsplan
- e) Prüfergebnis nach Nummer 8.3
- f) ordnungsbehördliche **Anordnung/Vergleich***
- g) Angaben zur kommunalen Planung für die Wiedernutzbarmachung*
- h) Anlage 1 der „Vorläufigen Richtlinien über die Aufstellung von Dringlichkeitslisten für die Gewährung von Zuwendungen für die Sanierung von Altlasten“ (**RdErl.** d. Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten v. **14. 3. 1995 – SMBI. NW. 770 –**), sofern Maßnahmen nach Nummer 1.1.1 außerhalb der Dringlichkeitsliste beantragt werden.

(Ort/Datum)

(Rechtsverbindliche Unterschrift)

10 Kommunalaufsichtliche Stellungnahme

1. Kommune ohne **Haushaltssicherungskonzept (HSK)? ja/nein ***
2. > Maßnahme kann aus dem Haushalt finanziert werden? **ja/nein ***
3. Stellungnahme zur Haushaltsverträglichkeit bei Kommunen mit HSK:

(Datum)

(Rechtsverbindliche Unterschrift)

11 Ergebnis der Antrags-Prüfung durch das Staatliche Umweltamt (StUA)

1. Nach **Prüfung** der dem Antrag **beigefügten** Pläne, **Erläuterungen**, Kostenberechnungen und **sönstiger** Unterlagen wird festgestellt, daß die Maßnahme den sich aus dem Förderzweck ergebenden fachlichen Anforderungen hinsichtlich der **Gefahrenermittlung/-abwehr** und den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit - nicht - entspricht*. Die fachliche Stellungnahme wurde **beigefügt**.
2. Berechnung der Zuwendung:
 - a) Gesamtkosten DM
 - b) nicht zuwendungsfähige Kosten DM
 - c) zuwendungsfähige Kosten DM
 - d) der Höchstbetrag der Zuwendung
beträgt bei einem Fördersatz
von 80 v. H. DM

(Ort/Datum)

(Dienststelle/Unterschrift)

* Nichtzutreffendes streichen